

**Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe**  
(32. - öffentliche - Sitzung am 25. April 2017)

**Beratungsthemen:**

**1. Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

Thema „Niedersächsisches Integrations- und Partizipationsgesetz“

- a) **Beschlussfassung durch die Kommission**
- b) **Beratung (des Erörterungsgegenstandes) vorbehaltlich der Beschlussfassung zu a)**

*Die Kommission beschloss, sich mit dem Antrag des Niedersächsischen Integrationsrates zu befassen.*

*Im Anschluss daran ließ sie sich durch einen Vertreter des Sozialministeriums über die von der Landesregierung bislang in die Wege geleiteten integrationspolitischen Maßnahmen unterrichten und führte darüber eine Aussprache.*

*Schließlich empfahl die Kommission mit den Stimmen von acht Kommissionsmitgliedern gegen die Stimmen von zwei Kommissionsmitgliedern und bei Stimmenthaltung von zwei Kommissionsmitgliedern, dass das Niedersächsische Integrations- und Partizipationsgesetz noch in der 17. Wahlperiode verabschiedet wird.*

**2. Beschlussfassung über Erörterungsgegenstände (§ 2 Abs. 3 der besonderen GO i. V. m. § 18 b Abs. 1 GO LT)**

Thema „Unternehmensgründungen von Menschen mit Migrationshintergrund“

- a) **Beschlussfassung durch die Kommission**
- b) **Unterrichtung durch die Landesregierung und Beratung (des Erörterungsgegenstandes) vorbehaltlich der Beschlussfassung zu a)**

*Die Kommission beschloss, sich mit dem Antrag des Kommissionsmitglieds Herrn Dr. Hadeed zu befassen. Im Anschluss daran ließ sie sich durch einen Vertreter des Wirtschaftsministeriums über den aktuellen Sachstand unterrichten und führte darüber eine Aussprache.*

**3. Verschiedenes**

*Die Kommission nahm in Aussicht, auf die Tagesordnungen für die nächsten Sitzungen folgende Punkte zu setzen:*

- *Gespräch mit Vertretern des Vereins „Neue Deutsche Medienmacher e. V.“.*
- *Unterrichtung über die Berücksichtigung des Themas „Migration und Flucht“ im Psychiatrieplan des Landes.*
- *Aktueller Stand hinsichtlich der Einführung des anonymen Krankenscheins.*